An
die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder

Berlin, den 6. Mai 2015

Offener Brief: Fracking in Deutschland verbieten

Sehr geehrte Ministerpräsidentinnen, sehr geehrte Ministerpräsidenten,

die Bundesregierung plant, Fracking in Deutschland zu ermöglichen. Die UmweltministerInnen der Bundesländer haben die Pläne der Regierung am 22. April 2015 abgelehnt und statt dessen eine Änderung des Bundesberggesetzes gefordert, um „das Aufbrechen von Gesteinen unter hydraulischem Druck zur Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen“ zu verbieten. Mit dieser Entscheidung berücksichtigen die UmweltministerInnen die unzähligen Gefahren des Fracking für das Grundwasser, die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung.

Fracking gefährdet das Grundwasser und kann Erdbeben auslösen. Die Entsorgung des Rückflusses, der wieder an die Oberfläche gepumpten Mischung aus Frackflüssigkeiten und Lagerstättenwasser, ist ungeklärt. Ein wirksamer Schutz vor den Gefahren, die durch Betriebsstörungen bei der Anwendung des Fracking-Verfahrens entstehen, existiert nicht.

Eine Erlaubnis der Hochrisikotechnik Fracking in Deutschland konterkariert auch das Ziel der Bundesregierung, „engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln“ und bremst den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Noch ist nicht klar, wie wir das nationale Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, erreichen wollen. Klar ist jedoch, dass wir dieses Ziel nur erreichen können, wenn zusätzliche Maßnahmen zur Reduktion umgesetzt werden. Zwei Drittel der weltweit bekannten fossilen Brennstoffvorkommen müssen nach Einschätzung der Internationalen Energieagentur im Boden bleiben, wenn wir die schlimmsten Folgen des Klimawandels verhindern wollen.

Hinzu kommt, dass Fracking in Deutschland weder einen entscheidenden Beitrag zur Versorgungssicherheit noch zur Beschäftigung leisten kann – zu diesem Ergebnis kommt unter anderem der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Arbeitsplätze und eine nachhaltige Energieversorgung kann auf Dauer allein der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien sicherstellen. Wir brauchen daher in Deutschland kein Gesetz, das die Gasförderung bei einem hohen Flächenverbrauch und großen Risiken für Böden, Grundwasser und Gesundheit ausweitet.

In Deutschland gibt es bereits mehr als 2000 Kommunen und Gemeinden, die Fracking auf ihrem Gebiet nicht zulassen wollen. Jede Fracking-Bohrung führt zu Flächenversiegelung und zur Einschränkung der Lebensqualität der AnwohnerInnen. Der Bevölkerung werden die volkswirtschaftlichen Folgekosten einer Fördertechnik aufgebürdet, die ihr keinen Nutzen bietet.

Sehr geehrte Ministerpräsidentinnen, sehr geehrte Ministerpräsidenten, zeigen Sie, dass der Schutz von Grundwasser, Umwelt und Gesundheit für Sie höchste Priorität hat und schließen Sie sich dem Votum Ihrer UmweltministerInnen für ein Fracking-Verbotsgesetz in der Bundesratssitzung am 8.Mai an.

Mit freundlichen Grüßen

gezeichnet

Birgit Bauer
geschfd. Vorstandsmitglied
Aktionsgemeinschaft Artenschutz

Wolfgang Schürger
Sprecher
Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD

Oliver Kalusch
Mitglied des geschfd. Vorstands
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz

Andy Gheorghiu
Bürgerinitiative lebenswertes Korbach e.V.

Tim Steindamm
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender
BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.)

Andreas Link
Vorstandsmitglied
BUNDjugend

Christoph Bautz
Geschäftsführer
Campact

Bernhard Fricke
Vorsitzender
David gegen Goliath

Klemens Glies
Präsident
Deutsche Gesellschaft Agenda 21, Bayern

Jörg Sommer
Vorsitzender
Deutsche Umweltstiftung

Manfred Hederer
Präsident
Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund

Liselotte Unseld
Generalsekretärin
Deutscher Naturschutzring

Hans-Josef Fell
Energy Watch Group

Geert de Cock
Director EU-Affairs
Food & Water Europe

Gabriele Obschernicat
Netzwerk Gegen Gasbohren

Brigitte Behrens
Hauptgeschäftsführerin
Greenpeace

Reiner Ehret
Vorsitzender
Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg

Dr. Werner Zittel
Stiftungsvorstand
Ludwig-Bölkow-Stiftung

Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU (Naturschutzbund e.V.)

Uwe Hicksch
Mitglied im Bundesvorstand
Naturfreunde Deutschlands

Claus-Harald Güster
stellv. Vorsitzender
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Peter Fuchs
geschfd. Vorstand
PowerShift

Florian Kubitz
Vorstandsprecher
ROBIN WOOD

Christina Hacker
Vorstand
Umweltinstitut München e.V.